

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **4 (1975)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 38 500

Redaktion: Konrad Fislér, Pierre Freimüller, Ruedi Kung, Rolf Nef, Beat Schweingruber
 Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30
 Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattquai 94, 8023 Zürich, Tel. (0)1 47 34 00
 Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Die Krise im schweizerischen Baugewerbe und ihre Hintergründe

Stillstand der Betonmischer

Die von der allgemeinen Rezession bis heute am stärksten betroffene Branche ist ohne Zweifel das Baugewerbe. Der Beschäftigungsrückgang von 1973 bis 1975 war in diesem Wirtschaftszweig am grössten, und die Aussichten für einen baldigen Wiederaufschwung sind am geringsten. In einer Branche, in der 1973 noch Riesengewinne möglich waren, werden 1976 nur noch zwei Drittel aller Unternehmungen überlebt haben. Gemäss einer Statistik der Gruppe Schweizer Bauindu-

strie, der Vereinigung der grössten Bauunternehmer, hat sich die Rezession bei den Grosskonzernen der Baubranche jedoch nicht so stark bemerkbar gemacht wie im übrigen Baugewerbe. Die Grossen werden also überleben, die Kleinbetriebe verschwinden. Die Konzentration von Kapital und Macht in den Händen weniger wird auch im Bausektor die Konkurrenzwirtschaft zwischen vielen Kleinbetrieben verdrängen. Hauptleidtragende dieser Entwicklung sind die Arbeitnehmer.

Spricht oder schreibt man heute über die Krise im Baugewerbe, so wird die Situation in diesem Wirtschaftssektor meist vom übrigen ökonomischen Geschehen isoliert dargestellt. Die Krise wird dann jeweils als «notwendiger Redimensionierungsprozess nach einer Überhitzungsphase» oder ähnlich dargestellt.

Tatsächlich ist die Situation der Schweizer Bauwirtschaft in erster Linie eine Folge der fünften zyklischen Krise der Nachkriegsjahre, welche die ganze westliche Welt erfasst hat. Im Unterschied zu den vorangegangenen Rezessionsphasen, etwa derjenigen der Jahre 1967/68, wirkt sich die jüngste Wirtschaftskrise aber ungleich schwerer auf die betroffenen Länder aus. So ist ein massiver Einkommensabbau, ein Nachfrage- und ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen, der noch vor kurzem von westlichen Ökonomen für undenkbar gehalten wurde. So erreichte die offiziell registrierte Arbeitslosenzahl in den USA die 8-Millionen-Grenze, im EG-Raum belief sie sich im Herbst auf über 4,5 Mio. Die Grafik 1 verdeutlicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen OECD-Ländern.

Die Schweiz wird mitgerissen

Die weltweite Rezession traf auch die Schweiz, indem bereits schon 1974 sämtliche Konjunkturmerkmale eine krisenhafte Entwicklung anzeigten: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Konsum, die industrielle Beschäftigung, die Geldmenge und der Aussenhandel stagnierten oder nahmen ab. 1975 setzte sich diese Entwicklung fort. So sank der Index der Industrieproduktion im 1. Quartal 75 gegenüber dem Vorjahresquartal nochmals von 157 auf 129 Punkte.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen stieg von rund 100 im September 1974 auf 12 450 im September 1975 an. Die Dunkelziffer hinter diesen Angaben der Arbeitsämter dürfte hoch sein. Gemäss Angaben des Biga-Direktors hat das Total der Beschäftigten in der Schweiz innerhalb eines Jahres um 200 000 abgenommen. Hinzu kommen noch ca. 120 000 Arbeitnehmer, die von Teilzeitarbeit (Kurzarbeit) betroffen waren.

Am meisten unter dem Beschäftigungsrückgang litten jedoch jene Arbeitnehmer, die nicht von der Arbeitslosenstatistik erfasst werden: die Ausländer. So nahm die Zahl der er-

werbstatigen Ausländer von August 1974 bis August 1975 um 107 000 Personen ab! Zählt man diese exportierten Arbeitslosen zu den in der Schweiz registrierten hinzu, ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 4,3% (ohne Teilzeitarbeit).

Die Investitionen

Um zu verstehen, welche Bedeutung der Bauwirtschaft in dieser Krisensituation zukommt, ist es nötig, wenigstens andeutungsweise auf die Ursachen der Krise in der Schweiz einzugehen: Der bedeutendste Faktor für Wachstum und Entwicklung der Volkswirtschaft und für die Quantität und Qualität des zukünftigen Güterangebots sind die Investitionen.

Im Gegensatz zum Akt der Produktion, der von allen Erwerbstätigen getragen wird, bestimmt aber in unserem Wirtschaftssystem nur eine kleine Anzahl von Unternehmern über die Verwendung und Verteilung der von allen produzierten Güter, d. h. auch über die Höhe und die Qualität der zu tätigen Investitionen. Befürchtet nun ein Unternehmer, dass die anstehenden Investitionen nicht die erwartete Rendite ein-

bringen, so wird er keine oder weniger Investitionen tätigen. (Man könnte dies auch einen «Investitionsstreich» nennen.) Die Nachfrage nach Investitionsgütern, in der Schweiz ca. 30% der Inlandnachfrage, nimmt ab.

Investitionen werden also in kapitalistischen Marktverhältnissen nicht nach gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern nach den Spielregeln einiger weniger Produktionsmittelbesitzer eingesetzt. Deswegen steht am Anfang einer Krise auch immer das Absinken der sogenannten «Investitionsneigung» und nicht etwa des Konsums. In der Schweiz verzeichneten schon 1973 die Bruttoinlandsinvestitionen keine reale Zunahme mehr, 1974 sogar eine nominelle Abnahme, obschon die Konsumnachfrage immer noch leicht anstieg. Auch die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, nahm bis 1972 zu und ist bereits im folgenden Jahr rückläufig (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Investitionen und Bruttoinlandsprodukt 1971-74

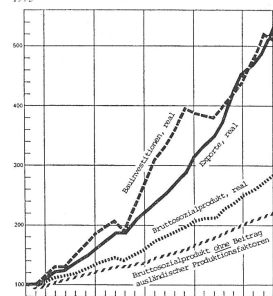
Jahr	BSP in Mrd. Fr.	Bruttoinlandsinvestitionen in Mrd. Fr.	Investitionsquote in %
1971	100,8	29,6	29,4
1972	116,1	34,8	30,0
1973	129,4	37,5	29,0
1974	138,0	35,9	26,0

Für die Lage der Bauwirtschaft ist nun bedeutend, dass der Anteil der Bauinvestitionen an den Bruttoinlandsinvestitionen 1973 rund zwei Drittel betrug. Der Anteil der Bauleistungen am gesamten Sozialprodukt war damit von 11% im Jahr 1948 auf rund 20% im Jahr 1973 gestiegen. Da die Bauinvestitionen einen Hauptteil an den Gesamtinvestitionen beanspruchen, ist es nicht verwunderlich, dass die Bauwirtschaft zuerst und am heftigsten von einer sinkenden Investitionsneigung der Produktionsmittelbesitzer betroffen wurde.

Die Grafik 3 zeigt, wie in der Schweiz bis 1973 eine besonders steile Zunahme

der Bauleistungen verzeichnet werden konnte.

Grafik 3: Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Bauinvestitionen und der Exporte 1948-73 zu konstanten Preisen (1948 = 100)



Von der «Überhitzung» zur «Redimensionierung»

Diese oft als Überhitzung bezeichnete Entwicklung war zu einem bedeutenden Teil eine Folge des Nachholbedarfs im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, d. h. jener öffentlichen Bauten wie Spitäler, Bildungseinrichtungen usw., die jahrelang in ungenügendem Mass vorhanden waren und dies z. T. heute noch sind.

Zum anderen war der Boom aber auch gekennzeichnet durch ein ungeplantes, wild wucherndes Vorbeibauen an den Bedürfnissen der Bevölkerung: So wurden ganze ältere Stadtquartiere mit billigen Wohnungen abgerissen. Die Bauunternehmer verdienten dann doppelt, einmal am Bau der Büros, welche die alten Wohnhäuser ersetzen, zum anderen konnten für die Bewohner am Stadtrand wieder neue, teure Mehrfamilienhäuser erstellt werden. Durch diese

Akademiker, Techniker und die Baukrise

Von den früheren Rezessionsphasen der Schweizer Wirtschaft unterscheidet sich die jüngste Krise auch dadurch, dass neben den ausländischen Arbeitnehmern vor allem das technische Kader von Beschäftigungseinbrüchen betroffen wurde. Den grössten Anteil an arbeitslosen technischen Angestellten, darunter auch viele Akademiker, stellt dabei die Bauwirtschaft, da in Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros seit 1973 ein massiver Abbau des Personalbestandes vorgenommen wird.

Dabei ist der Anteil der betroffenen jugendlichen Arbeitnehmer besonders hoch und liegt noch über dem für alle Branchen geltenden Durchschnitt. (Ende Juli waren von allen registrierten Arbeitslosen 43% unter 30 Jahre alt!) Eine Untersuchung in den Rekrutenschulen ergab, dass die Berufsgruppe der Hoch- und Tiefbauzeichner den höchsten Anteil an noch stellenlosen Rekruten aufwies. Eine grosse Anzahl von Bauzeichnern, Bautechnikern, Ingenieuren, Architekten und Planern wurde unmittelbar nach dem Lehrabschluss oder dem Hochschuldiplom arbeitslos.

Gemäss Umfragen des SIA (der SIA ist die von Bürohabern dominierte Ständesorganisation der Ingenieure und Architekten) ging der Personalbestand in den von der Umfrage erfassten Büros allein vom 1. 1. 74 bis zum 1. 7. 75 um 20% zurück. Die Auftragsbestände und der Arbeitsvorrat sanken auch im ersten Halbjahr 1975, so dass bis Ende Jahr mit weiteren Entlassungen gerechnet werden muss. Die von der Umfrage erfassten Projektierungsbüros gaben an, bis Ende Jahr noch weitere 521 Angestellte entlassen zu müssen. Von diesen werden 154 Hochschul- oder HTL-Absolventen sein.

Für diese Entwicklung verantwortlich ist nicht nur unsere «freie Marktwirtschaft», die längerfristig anscheinend auch in der Schweiz nicht ohne Krisen und eine Reservearmee von Arbeitslosen

auskommt, sondern auch eine Bildungspolitik, die sich jahrelang nach den kurzfristigen Bedürfnissen der Privatwirtschaft ausgerichtet hat und es auch nach den jüngsten Entwicklungen versäumt, irgendwelche durchgreifenden Massnahmen gegen die bestehende und zukünftige Unterbeschäftigung technischer Angestellter zu ergreifen.

Arbeitslosenstatistik September 1975

Registrierte Arbeitslose Total	12450 (+ 23,1% bez. Vormonat)
davon Bauberufe (Polier, Maurer, Handlanger etc.)	673
Technische Berufe	1069
davon:	
Architekten	126
Bauing.	43
Bautech.	47
Bauzeichner	361
andere Zeichner inkl. Vermessungszeichner (ohne Maschinenzeichner)	140
Total techn. Angestellte im Bau	721
übrige technische Berufe (Maschinenzeichner, Elektroing., Maschinenzeichner)	348

Entwicklung wurde das Bauvolumen künstlich aufgebläht.

Wichtig ist nun die Tatsache, dass zwischen 1960 und 1973 die öffentlichen Bauvorhaben wesentlich stärker zugenommen haben als die privaten. Nach der «grossen Wende» scheint sich beim Rückgang der Bauinvestitionen genau die umgekehrte Entwicklung abzuzeichnen. Anhand der Bauvorhaben lässt sich zeigen, dass sich die öffentlichen Bauinvestitionen kaum zurückbildeten werden, die privaten jedoch um so stärker (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteile und Wachstum der verschiedenen Komponenten der Bauachfrage

Kategorie	Anteil am Total 1974 in %	Reales Wachstum bis 1973, wenn 1960 = 100	Rückgang der Bauinvestitionen gegenüber 1974 in %
Wohnungsbau	40	187	-30,5
übriger privater Bau	25	151	-16,7
öffentlicher Hochbau	15	268	- 8,7
öffentlicher Tiefbau	20	209	- 7,4
Total	100	189	-22,8

Die Krise der Bauwirtschaft ist also fast ausschliesslich eine Krise der Privatunternehmer. Allerdings wurde diese Krisensituation in der Schweiz durch die Konjunkturbeschlüsse des Bundes (Baustopp, Kreditrestriktionen) und durch die prekäre Finanzlage der öffentlichen Hand (Sparmassnahmen) mitausgelöst.

Am deutlichsten lässt sich die Talfahrt der Bauwirtschaft anhand der Beschäftigungszahlen illustrieren: Von total 25 70 (Mai 73) im Bauhauptgewerbe Beschäftigten blieben im Mai 75 noch 165 275 übrig; Reduktion 34,3 Prozent! Der grösste Teil der Arbeitslosen wurde exportiert: im Mai 75 waren 64% weniger Saisonarbeiter im engeren Baugewerbe beschäftigt als im Mai 73. Nachfolgende Zahlen zeigen den Rückgang der gesamten in der Schweiz Erwerbstätigen von April 74 bis April 75 in der Bauwirtschaft im Vergleich zu den nächstbetroffenen Branchen:

Baugewerbe -15 766
 Metalle und Maschinen -10 834
 Textil und Bekleidung -6 054

Aufgrund ist der grosse Abstand, mit dem das Baugewerbe die Liste anführt.

Profiteure der Krise

Von der Krise sind allerdings nicht alle Unternehmer gleich betroffen. Leerwohnungen, Produktionsrückgang, Baukrise, das hat für die finanzstarken Kapitalisten eine äusserst günstige Seite. «Gesundumschreibung» und «Flurbereinigung» heissen die schmeichehalten Schlagworte: die kleinen Betriebe gehen ein, die grossen mit Banken oder Konzernen im Rücken, so etwa die Göhner AG als Tochter der Elektrowatt/Kreditanstalt, überstehende private Produktionsrückgänge und «gesunden» sogar dabei. Die Grossen kaufen die bankrotten Kleinen zu günstigem Preis – die Konkurrenz wird beseitigt, was ist die Funktion der Krise. Die Konzentration des Kapitals nimmt zu.

Für die Zukunft wird prognostiziert, dass die Produktionskapazität der Bauwirtschaft um ca. 30-35% redimensioniert werden müsste. Davon abgesehen, ob sich in dieser Prognose der tatsächliche zukünftige Bedarf der Bevölkerung widerspiegelt (man denke an die fehlenden billigen Wohnungen, Kindergärten usw.), befürchtet das Baugewerbe, dass durch die Eigenmechanismen unserer ungeplanten Wirtschaft eine sog. «Übersteuerung» nach unten eintritt, d. h. dass die Unternehmer Produktionskapazitäten in einem Ausmass vernichten, das über die als notwendig bezeichneten 30-35% hinausgeht.

Unternehmer rufen nach dem Staat!

Das Rezept, die Redimensionierung im Rahmen zu halten und die Wirtschaft

AM FRITIG 14 NOVEMBER GOND
 als Konzept-
GAUDI
 FRISCHT

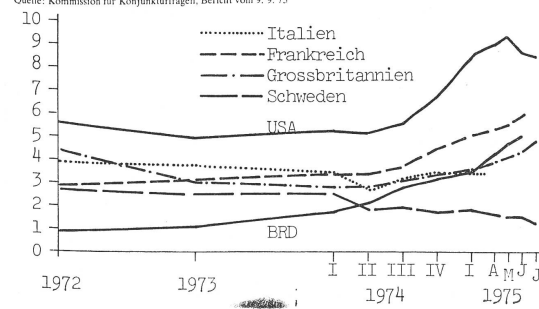
Es machen mit:
 Bruno Spoerli und der Jazz-Container
 Max Lässer, Walli Anselmo und die Skibbereen-Freunde (folk)
 Echo vom Lochergol (volkstümlich und südamerikanisch)
 Bernhard Stirnemann (Berner Troubadour)
 Jümü (Feuerspucker und Stachelschweindresseur)

Shivananda (progressiver Jazz-Rock)
 Ricardo Latino (südamerikanisch)
 Urs Hostettler (folk)

Musik, Tanz, Essen, Trinken, Tombola,
 Tonbildschau bis zur Erschöpfung ...

von 19 Uhr bis spät in die Nacht an der
 Uni-Mensa, Künstlergasse 10, Zürich
 (Tram Nr. 3 vom Bahnhof bis Neumarkt)
 Eintritt Fr. 6.60

Grafik 1: Arbeitslosenquoten in ausgewählten OECD-Ländern 1972-1975





Der Arbeitsmarkt.

wieder anzukurbeln, ist folgendes: der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Investitionsneigung wieder ansteigt, das heisst, dass der Staat den Unternehmern die Gewinne sichern muss, damit die Investitionen wieder «angemessene» Renditen abwerfen. Über die *Alternative*, nämlich die Verfügungsgewalt über die Investitionen unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen und die Quantität und Qualität der Investitionen nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten, wird selbstverständlich nicht diskutiert.

Die Stabilisierung der Gewinne im Bausektor lässt sich insbesondere durch zwei Massnahmen erreichen: erstens durch die Erhöhung der staatlichen Nachfrage und zweitens durch die Senkung der Lohnkosten. Nachdem das Bauvolumen 1973 rund 21% des Sozialproduktes erreicht hatte, verlangen heute der *Baumietzerverband*, die *Gruppe Schweizer Bauindustrie* und der *Verband der Generalunternehmer* vom Bundesrat, durch öffentliche Investitionen dafür zu sorgen, dass es sich bei 15% stabilisiert. Das entspricht etwa dem Durchschnitt anderer westeuropäischer Länder.

Der Aktivität des Staates sind hier jedoch Grenzen gesetzt, können doch Bund, Kantone und Gemeinden nur ca. 35% der Bauinvestitionen beeinflussen. Wie schon gezeigt wurde, erschwert zudem die hohe Inflation eine wirksame Ausgabenpolitik. Auch ist ja die Bautätigkeit im öffentlichen Bereich kaum zurückgegangen, sondern vornehmlich jene im privaten Bereich, auf die der Staat keinen direkten Einfluss ausüben kann. Trotzdem wird jetzt im für das Baugewerbe lukrativen Tiefbaugeschäft vermehrt investiert. Diese als «Arbeits-

beschaffung» betitelten staatlichen Investitionen werden ausgerechnet im Tiefbau realisiert, der erstens der Rezession kaum unterworfen war und dessen Arbeitsprozess zweitens so kapitalintensiv ist, dass im Verhältnis zum eingesetzten Kapital (teure Maschinen) viel weniger Arbeitskräfte eingesetzt werden können als bei anderen Bauvorhaben.

Lohnabbau

Die andere Möglichkeit zur Gewinnsteigerung, jene der *Lohnkostensenkung*, wird eifrig praktiziert. Obwohl, wie eine Untersuchung von *Prof. Kleinfewers* gezeigt hat, der Lohnkostenanteil am Volkseinkommen in den letzten Jahren laufend gesunken ist, werden jetzt noch vermehrt Mittel für «sozialen Disziplinierung» angewendet, um die Löhne weiter zu senken.

Lohnkürzungen und Verweigerung des Teuerungsausgleichs sind denn auch im Baugewerbe an der Tagesordnung. Schon seit Monaten erfolgt im Bausektor ein massiver Reallohnabbau, wie die Tabelle 5 verdeutlicht.

Tabelle 5: Löhne im Baugewerbe und Konsumtenindex 1974/75, Anstieg gegenüber Vorjahresquartal

		①		②	
1974	2. Quartal	+ 9,4	+ 7,7		
	3. Quartal	+ 10,6	+ 7,7		
	4. Quartal	+ 8,8	+ 7,8		
1975	1. Quartal	+ 8,0	+ 5,7		
	2. Quartal	+ 8,5	+ 5,6		

Die Beschäftigungssituation und die Einkommensverhältnisse werden sich im Bausektor in nächster Zukunft auch kaum bessern. So prognostizierte die *Kommission für Konjunkturfragen* im September, dass der gesamtwirtschaftliche Aufschwung eher in weitere Ferne gerückt ist und dass die Nachfrage nach Arbeitskräften noch weiter zurückgehen wird. Dies insbesondere, weil die *Investitionsneigung der Unternehmer* noch stärker nachgelassen hat.

Alibi für Kernkraftwerke

Für die Bauwirtschaft prognostiziert das St.-Galler *Zentrum für Zukunftsfor-*schung noch weitere Rückschläge bis zum Jahr 1976, in dem die Bautätigkeit ihren Tiefstand erreichen wird. Danach soll die Bautätigkeit wieder leicht zunehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass gewisse öffentliche und gewerbliche Grossprojekte realisiert werden können.

Bei solchen Grossprojekten besteht nun die Gefahr, dass mit dem Argument der Wiederbelebung des Baumarktes und angesichts einer latent drohenden Unterbeschäftigung im Bausektor vom Bund und von der Privatwirtschaft Investitionen getätigt werden, die zwar die Gewinne der Bauunternehmer sichern, an den Bedürfnissen der Bevölkerung

aber vorbeigehen. So wurde für 1975 das Budget für den *Nationalstrassenbau* auf 1,02 Milliarden aufgestockt, und vom Investitionsprogramm des Bundesrates zur Abwehr von Beschäftigungsrisiken wurden zwei sich das EMD gleich 90 Mio. für *Militär- und Zivilschutzbau*ten ab.

Das St.-Galler Zentrum für Zukunftsforschung rechnet bei seinen Prognosen vor allem mit Grossprojekten im *Kernkraftwerkbereich*: Diese Investitionen seien eine Voraussetzung für eine *Wiederbelebung des Baumarktes* Ende der siebziger Jahre. Zunächst müssten allerdings «die gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten beim Bau von Kernkraftwerken überwunden werden». Auftragnehmer dieser St.-Galler Studie ist übrigens die *Gruppe Schweizerische Bauindustrie*, in welcher jene grossen Bauunternehmer zusammengeschlossen sind, die ebenfalls am Bau von Kernkraftwerken beteiligt sind. Diese Prognose kommt jetzt zu einem Zeitpunkt, da sich in weiten Kreisen der Wissenschaft und auch der Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der Bau von weiteren Kernkraftwerken unter den gegenwärtigen Bedingungen und an den geplanten Standorten nicht verantwortbar ist.

Krisenbekämpfung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung

Trotz der schwierigen Situation im Baugewerbe geht es nicht an, dass eine Rezessionsbekämpfung auf den Schultern der Lohnabhängigen ausgetragen wird, sei dies durch *Lohnkürzungen* oder eine *Verschlechterung der Umweltbedingungen* durch *Betonierung der Landschaft* und den *Bau von Kernkraftwerken*.

Weitere und umfangreichere Investitionsprogramme von Bund und Kantonen sind zur Behebung der Baunachfrage unerlässlich. Jedoch sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass die Inhalte dieser Programme tatsächlich einen *Bedarf widerspiegeln*. So besteht z. B. immer noch ein Nachholbedarf im Bereich des *öffentlichen Verkehrs*, des *Umweltschutzes*, des *Städtebaus* (Quartiersanierungen) und im *Erziehungssektor* (Kindergärten, Tageshorte).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionspolitik der öffentlichen Hand wäre weiter die *Kontrollmäßigkeit über die Beschäftigungs- und Preiswirkungen von Investitions- und Subventionsprogrammen*. Öffentliche Gelder könnten dann an gewisse Bedingungen, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Verzicht auf Preiserhöhungen, geknüpft werden. Dies ist keine utopische Forderung, geschieht dies doch heute schon bei der staatlichen Subventionierung von Renovationsarbeiten, die der Hausbesitzer nur in Anspruch nehmen kann, wenn er sich danach der Mietzielenkontrolle unterstellt.

Zum Inhalt eines Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft gehört auch die *Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust*, um

die Arbeit auf mehr Hände verteilen zu können. Herabsetzung des Pensionalters, Einführung einer vierten Ferienwoche und Bildungsurlaub dienen dem gleichen Ziel. Auch der Kündigungsschutz und die Arbeitslosenversicherung wären auszubauen.

Soziale Alternativen

Ein Lohnabbau, der von den Bauunternehmern mit zunehmendem Kostendruck und sinkendem Auftragsbestand begründet wird, verschärft in Wirklichkeit die Krise in der Bauwirtschaft: die Konsumkraft der Arbeitnehmer lässt nach, wodurch die Konsumgüterindustrie in Schwierigkeiten gerät und dem gleichen Ziel. Auch der Kündigungsschutz und die Arbeitslosenversicherung wären auszubauen.

Eine Verzichtstrategie der Gewerkschaften zählt sich hier nicht aus. Obschon seit zwei Jahren die Reallohne im Bausektor sinken, hat sich die Krise immer mehr verschärft. Die Rezession kann also sicher nicht den Arbeitnehmern mit ihren angeblich überhöhten Lohnforderungen angelastet werden. Es ist deshalb berechtigt, wenn die Arbeitnehmer im Baugewerbe die Verschlechterung ihrer materiellen Lage ablehnen und nicht nur einen Ausgleich der Teuerung verlangen, sondern auch eine Kompensation für die ständig steigende Steuerbelastung fordern.

Nicht zuletzt zeigt jedoch die jüngste Krise in der Bauwirtschaft, dass auch vermehrt nach längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Alternativen gestrebt werden muss, um mit verschiedenen Instrumenten der Planung und Kontrolle in einzelne Wirtschaftsbereiche eingreifen zu können. Da dies jedoch heute auch von Unternehmerseite gefordert wird, ist es unerlässlich, dass die Arbeitnehmer in der Politik und in den Betrieben angemessene Positionen beanspruchen, um eine staatliche Lenkung in ihrem Interesse durchzusetzen.

Hans Baumann

Verwendete Literatur:
F. Knescharek, *Entwicklungsperspektiven und Probleme der schweiz. Volkswirtschaft*, Bankvereine - Heft Nr. 9, 1975
Lagebeurteilung der Bauwirtschaft 1975, 1976, Gutachten des St.-Galler Zentrums für Zukunftsfor-

das Konzept Tip

Sehstern

Unter diesem Namen gibt das Autorenkollektiv «*Insel*» eine Zeitschrift für Bildungs- und Erziehungsfragen heraus. Das Kollektiv, welches kompetente Beiträge zu diesen Fragekomplexen aus allen Regionen der deutschen Schweiz und auch der BRD sammelt, versteht sich als liberal, was in erster Linie heissen soll: parteiunabhängig. «*Echte Gegeninformationen*», wie das Kollektiv verpricht, wird tatsächlich geboten, und zwar nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch allen an Bildung im weiten Sinn Interessierten. Zu beziehen bei: Autorenkollektiv Insel, Obere Zelgstrasse 5, 8590 Romanshorn.

Gewerkschaften in der Schweiz

Der fast eine halbe Million Mitglieder zählende Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat vor kurzem eine Broschüre über die *Gewerkschaften in der Schweiz* herausgegeben (zu beziehen bei: SGB, Postfach 64, 3013 Bern). Darin wird über alle SGB mit angeschlossenen Verbände mit kurzen Darstellungen über Organisationsstruktur, Leistungen und Ziele der Gewerkschaften informiert. Die Information ist eher für Interessierte gedacht denn für Propaganda.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das Konzept»:



gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.

Gebrauchsanweisung:

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat einsenden an «das Konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Einsendeschluss für die Dezembernummern: 1. 12.75.

Wer reist mit in rasiger Skifreizeit? Suche Girls und Boys ab 16 Jahren, Hitzeteiler, hat anverkauft, Schweiz, einmännlich in Wallis, Kurzvorstellung mit Photo an stud. phil. Müng. case 804, 1961 Hiate-Nendaz.

Welches Mädchen möchte mit mir (25, Student) von ca. Februar bis April 76 auf Asienreise gehen? Bitte schreiben an Hubert Strittmatter, Baslerstr. 8, D-788 Sackingen.

Wer geht im November - unendlich! auf einen Trip. In Südamerika? Bitte sich melden bei Mims + Twie Scherer, Usterstrasse 37, 3014 Zürich.

Ni. Nichtbestanden, 26j., sucht auf Frühjahrs Reisekammer (25j-35j), für Überlandtrip durch Asien evtl.

nach Australien und Neuseeland, Ursula Wüthrich, Rest. Löwen, 8226 Schleitfelm, Tel 053/46585.

Wer kommt mit in die USA? Ab 9. Nov. für 4 Wochen, Weibchen mündlich, René Müller (26), Aus Moresia 1, 1197 Trarign, Tel (02)21 61 16.

Reisepartnerin gesucht: Naher Osten, Arabien, Vorderasien. Start Frühjahre 1976. Dauer ca. 6 Monate. Ernst Hirschi, Blockweg 11, 8011 Bern, Tel. 45 88 95.

Welcher nette Madchen oder Frau kommt mit mir Ende Oktober 3-4 Wochen in mein Paradies am Meer? Von dort Exkursionen nach Andalusien, Auto/Zeilen vorhanden. Es wartet charmanter Adam, 33, ledig, anpassungsfähig, zuverlässig, Emanuel Anderegg, Langmuellerstr. 87, 8006 Zürich.

Hohe Stimmen

Prof. Leo Schimann, Nationalbank-Generaldirektor:
«Eine hohe Arbeitslosigkeit sollte in Kauf genommen werden, um die durch hohe Inflation entstandenen Verzerrungen zu korrigieren.» (indirekt zitiert in «National-Zeitung», 22. 9. 75)

E. Goldberger von der Swissport:
«Durch die Einführung von Kurzarbeit produzieren die Arbeiter mit kleinerem Zeitaufwand etwa gleich viel wie bei voller Arbeitszeit, erhalten aber weniger Lohn.» (ebenda, 22. 9. 75)

Dr. U. Zürcher, Generalsekretär des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA):
«Eine weitere Gefahr sieht der SIA in den stetig steigenden Forderungen der Arbeitnehmer in Bezug auf Weiterbildung (1), Freizeit, Verkürzung der Arbeitszeit und der Einführung einer 40-Stunden-Woche.» (Aktuelles Bauen Nr. 5, 1974)

A. Coglanti, Präsident des SIA:
«Der Auslastungsprozess wird für den einzelnen und für die Firmen noch weitergehen. Ob sich dies vorwiegend nach achtbaren Prinzipien und mit vertretbaren Methoden abspielt, sei dahingestellt.» (Vortrag an der SIA, Informationsveranstaltung, 26. 9. 75)

GBH GRUPPE TECHN. ANGESTELLTE

GEWERKSCHAFT BAU UND HOLZ

Innerhalb der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH, Mitgliederbestand 120 000) gibt es eine Gruppe der technischen Angestellten, die versucht, die Interessen des technischen Kadern in Zusammenarbeit mit allen anderen Arbeitnehmern des Baugewerbes wahrzunehmen. Die Gruppe Technische Angestellte ist heute schon in allen grösseren Schweizer Städten vertreten.

Wer sich für die Arbeit der Gruppe Technische Angestellte und/oder für einen Beitritt in die GBH interessiert, fülle

An alle Architekten, Ingenieure, Techniker, Planer, Bauzeichner und andere technische Angestellte, die im Bausektor arbeiten oder noch in Ausbildung sind:

bitte den nachstehenden Talon aus und sende ihn an das nächste GBH-Sektionssekretariat.

Kontaktadressen in

Zürich: GBH Sektion Zürich-Bau, Gruppe Techn. Angestellte, Stauffacherstr. 60, Postfach 448, 8026 Zürich.

Bern: GBH Sektion Bern/Gruppe Techn. Angestellte, Schwanengasse 10, 9011 Bern.

Basel: GBH Sektion Basel, Gruppe Techn. Angestellte, Rebegasse 1, 4005 Basel.

Talon

Ich interessiere mich für die Tätigkeit der Gruppe Techn. Angestellte in der GBH (vormals SBHV) und wünsche mit Informationen bedient und zu Veranstaltungen eingeladen zu werden.

Name: _____

Adresse: _____

Ort, PLZ: _____

Fortsetzung von Seite 3

da er viele Kurtsianen gehabt hatte, musste er viele kleine Villen bauen. Heute kommen Schriftsteller hierher, bezahlen wenig Miete und leben und schreiben in Ruhe und in guter Luft. Ein Gemeinschaftshaus wurde dazugebaut. Da gibt es die Küche, den Speisesaal und «Gesellschaftsräume». Einen Schweizer Schriftsteller verwundert es, dass hier so viele Schriftsteller in Frieden und Eintracht neben- und miteinander leben können. Neid und Eifersucht scheinen sie nicht zu kennen.

Kurtsianen der Partei? Unser Gastgeber lächelt mild. «Brüderchen», sagt er und schenkt uns reichlich von dem herrlichen ukrainischen Wodka ein, den man nirgends kaufen kann. «Brüderchen Walter, du liest zuviele westliche Zeitungen. Komm zu uns. Mache die Augen auf. Und die Ohren. Stossen wir an auf Friedfertigkeit und Brüderlichkeit!»

Es ist unvermeidlich, das Gespräch nun unterbrochen von ungefähr neun Gängen und einundzwanzig Wodkas plus Cognac aus Armenien und Erlauer



Christushow-Grab von E. Neiswestnij auf dem Nowodjewitsch-Friedhof in Moskau

Stierenblut aus Ungarn und zur Krönung einen englischen Scotch – es ist unvermeidlich, noch einmal von Soltschenizyn zu reden, von den Dissidenten im allgemeinen.

«Ach weisst du», sagt er wieder lächelnd und gar nicht überheblich, «wir allein in der Ukraine haben in unserem Verband neunhundert Mitglieder. In Moskau haben sie tausendfünfhundert. Und nun rechne dir aus, wie viele Schriftsteller insgesamt in der Sowjetunion sind. Fünfzehn Republikan! Und weisst du, ich reise oft in den Westen, ich kenne Paris, London und New York, und ich lese westliche Zeitungen. Ich kann Deutsch und Französisch und Englisch, aber bei uns gibt es viele westliche Korrespondenten, die kein Wort Russisch oder Ukrainisch verstehen die denn von unserem Land?»

Und noch einmal Soltschenizyn: «Weisst du, ich kenne ihn. Er liebt die Menschen nicht. Er liebt auch seine Frau nicht. Er hasst. Er hasst auch die Schweiz und Amerika. Er ist krank...»

Und dann Wodka mit Cognac und ungarischem Rotwein gemischt: «Stossen wir an auf die Liebe...»

Weshalb die sowjetischen Schriftsteller ohne Neid und Eifersucht in einem solchen Camp gemeinsam leben können, hat sicher mit ihren gesellschaftlich-sozialen Gegebenheiten zu tun. Es gibt für den Schriftsteller kein Gesetz von Angebot und Nachfrage, es gibt kein Konkurrenzdenken. Der Schriftsteller wird nach seiner Leistung honoriert und nicht aufgrund des Absatzes. Der Schriftsteller bekommt pro Bogen, das sind 16 Buchseiten, 350 bis 400 Rubel, und wenn sein Buch nicht verkauft wurde, was kaum der Fall ist, ist er nicht der Leidtragende. Eine zweite Auflage wird im gleichen Verhältnis bezahlt. Die kleinste Erstauflage sind 15 000 Exemplare. Ein Buch von zwanzig Bogen (320 Seiten) bringt dem Autor mindestens 7000 Rubel ein. Netto. Die Steuern sind bereits verrechnet, auch ist er gegen Krankheit versichert, und für sein Alter muss er sich keine Sorgen machen.

«Und was geschieht, wenn einer aus dem Verband ausgeschlossen wird? Dann kann er nicht mehr publizieren, kein Verlag bringt sein Buch heraus», fragen wir.

Wieder lächelt Pawlo mild. «Schau», sagt er, «bevor einer Mitglied werden kann, muss er schon zwei Bücher publiziert haben. Also siehst du, er muss nicht Mitglied sein. Etwas anderes ist es, dass wir in unseren Vereinstatuten einen Paragraphen haben, der lautet, jedes Mitglied habe alles zu tun, um den Sozialismus zu verwirklichen. Wenn aber nun einer kommt und das Gegenteil tut, wird er ausgeschlossen. Und da gibt es eben einen Konsens: Kein Verlag wird bei uns antisowjetische Literatur publizieren. Bei euch in der Schweiz haben bedeutende Kommunisten und Marxisten auch Einreiseverbot...»

Wir fahren mit drei Flaschen des ausserlesen ukrainischen Wodka ins Hotel zurück. Am Fernsehempfänger verfolgen wir das Abenteuer der Weltraumfahrer «Sojus-Apollo»; wir sind uns bewusst, im Westen heisst es «Apollo-Sojus».

Zu einem leicht misszuverstehenden Buch von Wolfgang Harich

Woraus etwas werden muss

Ein neues Buch: «Kommunismus ohne Wachstum?» Die NZZ würde allenfalls das Fragezeichen weglassen. Untertitel: «Babeuf und der Club of Rome». Auf Seite 56 des Buches werden einige Worte über die «extrapolierte Zunahme des Pferdennetzes in London von 1870 bis heute» verloren; ein entsprechender Untertitel hätte den Vorteil, ebenso wenig auszusagen, aber wenigstens noch Heiterkeit und Neugierde zu erregen. «Sechs Interviews von Freimut Duve mit Wolfgang Harich, geboren 1923, marxistischer Philosoph aus Berlin/DDR.» Mindestens seit Harichs Rezension von Raddatz' Marx-Biographie im «Spiegel» weiss man mit Günter Grass: «Kein Zweifel: Harich bewährt sich schon wieder als gläubiger Marxist» und «Kein Zweifel: Harich versteht sich aufs Denunzieren». Ein Buch also, scheint es, das man hüben und drüben, rechts und links vergessen kann.

Warum aber, das bleibt die Frage, hat Freimut Duve, Rowohlt-Lektor und rororo-aktuell-Herausgeber, als Interviewer ein Buch mitgestaltet und herausgegeben, das man vergessen soll? Hat Duve, rechter Sozialdemokrat, Angst davor, dass die «derzeitige kom-

munistisch-sozialistische Welt als erste den Übergang zum Kommunismus schafft» oder dass es sich dabei um einen «starken, hart durchgreifenden Zuteilungsstaat» (beide Zitate aus dem Klappentext) handeln könnte und nicht um ein Reich der unbeschränkten materiellen Freiheiten? Harich in einem Brief an Duve am Schluss des Buches: «Wie soll ich den Verdacht loswerden, dass Sie meiner Wachstumskritik im Grunde nur deswegen zu Publizität verhelfen, weil Sie damit, im Sinne Ihrer Parteioberen, eine neue Variante oppositioneller Haltung innerhalb des sozialistischen Lagers zu fördern hoffen? Seien Sie versichert: Daraus wird nichts.»

For Marxists only

Wolfgang Harich, Betreuer der DDR-Feuerbach-Gesamtausgabe, kluger Interpret von Jean Paul, Herder, Rudolf Heym und scharfer Kritiker des Neo-Anarchismus, scheinbar notorischer Schöngelb, hat hier einen Ansatz entwickelt, der, sollte er Schule machen, Marxisten hüben und drüben gewichtige Impulse für eine Neuorientierung ihrer Theorie und Praxis geben dürfte. Aller-

Der sozialistische Trick

Schuld war der Morgennebel über dem Ostberliner Flughafen Schönefeld. Unsere Maschine nach Prag konnte nicht landen, wir verpassten den Anschluss nach Zürich und mussten deshalb über Frankfurt nach Hause fliegen. Ohne die Kette von Zufällen wäre mir nie die Welt am Sonntag in die Hände gekommen, ich hätte nie den Bericht über jenen Sportflieger gelesen, der aus der DDR nach Hamburg geflohen war, und auch die allwöchentliche Kolonne eines gewissen Hans Habe wäre mir entgangen.

Dank sei dem Nebel über Schönefeld. Seitenebenen weiss ich heute, dass ich in einem Land gewesen bin, das es nicht gibt, und seitenebenen ist mir auch bewusst, dass unsere öffentliche Meinung von einer Linken manipuliert wird, die «das politische Recht einer brutalen Minderheit etablieren will, die «sich in der Verachtung des Menschen» übt und «Kübel von Unrat über den positiven Helden, das Ideal und nachahmensewerte Vorbild» ausschüttet. Leider schweigt sich Herr Habe darüber aus, wer denn nun das «nachahmensewerte Vorbild» sei, und auch dem «Gegengift gegen Böll, Walzer, Zerwenz, Engelmann und ihre Kopisten» weiss er leider keinen Namen zu geben. Schade! Ich hät' es mir gern impfen lassen, damit ich endlich den Unrat dort erkenne, wo er wirklich ist.

Nun ergeht es mir wie dem Schwein, das ja den Dreck, in dem es sich sticht, auch nicht als Dreck empfängt. Ob sie sollte ich das Bild andersrum betrachten? Denn: was Unrat ist, entscheiden schliesslich die Herren Habe und Springer ganz alleine, und gemeinsam treten sie auch den Beweis dafür an. Herr Axel

Springer, indem er verfügt, dass in seinem Blatt die DDR noch immer in Anführungszeichen gesetzt und damit zur politischen Inexistenz oder Scheinexistenz verdammt wird, Herr Hans Habe, indem er der Linken einen Spiegel vorhält, der nichts weiter ist als ein Stück bemalter Papp. Von Hans Habe bemalt; denn wer wäre berufener als er, festzustellen, dass die Linke die Gewalt propagiert, den Sadismus verherrlicht, in Blut und Pornographie badet, noble Vorbilder entthront, Autorität missachtet und Brutalität als das Menschen wahre Eigenschaft preist?

Aber mit Manipulation hat das nichts zu tun. Nein, manipulieren, das überlassen wir den Linken, das haben wir nicht nötig. Wir leben ja schliesslich in einer heilen Welt, und jede Gegendarstellung ist ein niederträchtiger Versuch der Linken, zu beweisen, dass es in unserer Gesellschaft noch ungelöste Probleme gibt. Es gibt selbstverständlich keine, und wir es weiter gibt, setzt man sie in Anführungszeichen wie das Land jenseits der Elbe und behauptet, schuld daran sei das Fernsehen, weil es von den Linken beherrscht wird. Auch in der Schweiz. Nur behauptet das hier nicht Hans Habe, sondern Walther Hofer oder ein gewisser Herr Kleiner von der «NZZ». Aber warum gehen sie nicht einen Schritt weiter und geben uns das Gegengift, auf das auch wir erkennen die Menschenverachtung der Linken und das Heil unserer kapitalistischen Welt!

An all dem ist der Nebel über Schönefeld schuld, und ich bin überzeugt, das war ein sozialistischer Trick.

Klara Obermüller



Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit.» (Kapitel I, 258)

2. Zwangsläufiger Kommunismus

Dieser Mangel der modernen marxistischen Theorie hindert die Linke bis heute daran, ein brauchbares Verhältnis zur Ökologie zu entwickeln und damit die praktisch-politische Sprengkraft der Ökologie im Kampf gegen den Kapitalismus zu erkennen. Denn: Unaufrührliches Wachstum, unbehinderte Ausplünderung der natürlichen Ressourcen unter Zerstörung aller natürlichen Lebensbedingungen sind Existenzbedingungen des Kapitalismus: «Der Kapitalismus kann, da Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung sein Lebensgesetz sind, unmöglich von der erweiterten zur einfachen Reproduktion übergehen. Je geringer der Anteil ist, den die Arbeiterklasse vom Bruttoendprodukt erhält, desto größere Summen investiert die Bourgeoisie in die Erweiterung des — Umweltzerstörernden, Rohstoffe verschlingenden — Reproduktionsprozesses. Erst der Sozialismus kennt diese Zwangsläufigkeit nicht mehr. Erst hier kann eine Einschränkung des Massensystems, je nach den Zielen, die sich die Wirtschaftsplannung setzt, sowohl der erweiterten Reproduktion als auch ganz anderen, entgegengesetzten Zielen dienen, z. B. dem Schutz der Natur, der Schonung der Ressourcen — ganz wie der Arbeiter- und Bauernstaat es aus ökonomischen Beweggründen haben will.» (S. 112)

3. Klassenkampf und Ökonomie

Sollte sich die These bestätigen, dass tatsächlich nur der Kommunismus fähig ist, die Menschheit vor dem Untergang zu bewahren, da nur er durch Wirtschaftsplanung, die nicht unter dem Zwang der Profitmaximierung steht, eine unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvolle Güterproduktion erlaubt, könnte diese Erkenntnis eine durchschlagende Waffe der politischen Arbeiterbewegung sein in einer Zeit, wo die ökonomische Arbeiterbewegung in den hochindustrialisierten Ländern trotz Kräfte immer noch wenig Resonanz findet. Eine politische Strategie, die den Kampf um die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiter und Angestellten mit dem Kampf um die Erhaltung der Biosphäre verbindet, also dem Kapital den kurzfristigen Schlupfweg über eine Profitsteigerung auf Kosten der Lohnarbeiter verbaut, würde das System in politischem Zentrismus Zangen greif nehmen. «Das Proletariat wird bereit sein, für die Erhaltung der Biosphäre, für die Rettung der Menschheit vor dem Untergang, auch für ein besseres und menschenwürdigeres Leben der Völker der dritten Welt jedes Opfer zu bringen, von dem die Wissenschaft nachweislich notwendig ist. Aber der Bourgeoisie wird es unmöglich gemacht, die Zumutung, sich im Rahmen des kapitalistischen Systems mit einem einfachen, bescheidenen Leben abzufinden, wird es ablehnen, mit vollem Recht. (...) Es müsste nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn unter diesen Umständen der Übergang zum Kommunismus propagierende Aufklärungsarbeit, die politische, soziale und ökologische Argumente miteinander verknüpft, bei der Arbeiterklasse auf taube Ohren stiesse.» (S. 111 + 129).

Karl Hellser

Der Weg zum «Glück»

rk. Ein Buch, dem in der Krisenzeit ganz besondere Bedeutung zukommt, wird vom Institut für Personwesen und Arbeitspsychologie (IPEA) zur rechten Zeit auf den Markt gebracht: «Leitfaden für den Mitarbeiter» (ein Leitfaden für den Vorgesetzten erschien vor längerer Zeit). Das von Dr. F. Chapuis verfasste Buch will das «Schicksal des Menschen verbessern», damit dieser «an seinen Arbeitsplätzen glücklich sein kann». In den «grundlegenden Bemerkungen» wird auch gleich Grund des Buches gelegt: «Im Grunde gibt es keinen Widerspruch zwischen Forderungen des Geschäftes und den Anliegen des Personals. Demnach liegt es in Ihrem eigenen Interesse, Gutes zu leisten.» Neben solchenartigen wie neuen Ratschlägen wie «Variieren Sie die Höhe und Lautstärke Ihrer Stimme» und «Zügeln Sie Ihr Gebärden-spiel» wird allerdings auch handfest geratschlagt: «Es ist für Sie nur von Vorteil, wenn Sie immer Ihr Bestes hergeben.» «Je besser man seine Aufgabe erfüllt, desto lieber gewinnt man sie. Dazu hat man noch das Gefühl, seinen Lohn und seine Stellung regelrecht verdient zu haben.» Die Absicht des Buches wird immer klarer, und auch Hinweise auf Loyalität unter den Mitarbeitern können sie nicht verdecken: der Arbeiter oder Angestellte soll zu einem bestfunktionierenden Katalysator in der Betriebsmaschinerie werden und so kaum Kosten, dafür aber um so mehr Profit schaffen. Schliesslich wird selbst dieses so sanftzichtige Buch klassenkämpferisch: «Sie sollen wissen, was Sie sind und was Sie werden wollen. Erkennen Sie eindeutig Ihre Möglichkeiten und Grenzen. (...) Ein Mensch hat meistens das Glück, das er verdient.» Dass dieses «Glück» in Anführungszeichen steht, muss wohl daran liegen, dass es für viele gar kein Glück ist, so viel «Glück» zu haben.

(Übrigens: man kann dieses Buch auch kaufen für 11,50 Franken beim IPEA, Seestrasse 274, 8038 Zürich.)



VORSAISON-SKIKURSE IN KLOSTERS

6.-13.12.75	Fr. 380.-
13.-20.12.75	Fr. 380.-

In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Halbpension, Skiuunter-richt, 6-Tage-Abonnement Parsenn-, Gotschna- und Pischagebiet

LANGLAUFKURS IN KLOSTERS

6.-13.12.75	Fr. 260.-
-------------	-----------

In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Vollpension, Langlaufunterricht



SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST

Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Zürich

Es geht auch anders:

Mediziner ohne Ständedünkel

Ärztliche Ständesorganisationen gehören hierzulande zu den Mächtigen. Wo aber kann sich ein Mediziner Gehör verschaffen, der da nicht kritisch mitmischen will? Eine Möglichkeit hierzu bietet die Mitarbeit in der Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG). Der VSS unterhielt sich mit einem Vertreter dieser Organisation.

«das konzept»: Was ist die Schweiz. Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG), wie sind ihre Zielvorstellungen?

SGSG: Die SGSG wurde im Mai 74 in Basel gegründet. Sie fasst fortschrittliche Kräfte zusammen, um Reformen im Gesundheitswesen zu erreichen, die tatsächlich zum Nutzen und zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung sind. Im besonderen setzt sie sich für die Überwindung krankmachender Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine Medizin, die die sozialen Ursachen und Folgen einer Krankheit berücksichtigt, für eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes und für eine zuverlässige soziale Kranken- und Unfallversicherung.

Wo gibt es überall SGSG-Sektionen, wie arbeiten sie, wie ist die Mitgliederstruktur?

Die grösste Sektion besteht in Basel, wo die SGSG ja auch schon am längsten besteht. In mehreren anderen Städten gibt es Interessentengruppen. Unsere

Mitglieder sind Schwestern, Pfleger, Ärzte, Medizinstudenten, Sozialarbeiter usw. Die SGSG ist parteipolitisch nicht gebunden und steht allen Interessenten offen, die mit der Gründungsplattform einverstanden sind. Arbeitsgruppen erarbeiten Grundlagenelemente zu längerfristigen Problemen und bereiten Stellungnahmen der SGSG zu aktuellen Fragen vor. In der Krankenversicherungsdebatte hat die SGSG aktiv den Vorschlag der SP-S unterstützt.

Wir sehen in der laufenden Kürzung von Subventionen an die Krankenkassen und die Spitäler eine bedrohliche Entwicklung, werden doch die Kosten zunehmend auf die Versicherten überwälzt, wobei die unteren Einkommen durch Prämien- und Franchisenerhöhungen usw. bedeutend stärker belastet werden als die hohen. Auch stellt dieser finanziellen Mehrbelastung der Drittklasspatienten keineswegs ein erhöhtes medizinisches Leistungsangebot gegenüber. Im Gegenteil, es ist ein Leistungsabbau festzustellen: Für untere Einkommen prohibitive Franchisen verunmöglichen einen rechtzeitigen Arztbesuch,

Zahnmedizin ist weiterhin nicht kassenpflichtig, an einen Ausbau der Sozial- und Präventivmedizin wird nicht gedacht.

Die SGSG hat mehrmals Spitalpersonal in seinem Kampf gegen Lohnkürzungen unterstützt. Auch wenden wir uns gegen den rigorosen Stellenabbau. Stellenabbau führt zu einer derartigen Intensivierung der Arbeit des Pflegepersonals, dass eine optimale Pflege, wiederum v. a. der Drittklasspatienten, nicht gewährleistet ist. In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs tritt die SGSG für eine konsequente Entkriminalisierung ein. Wir haben auch die neulancierte Fristenstilleninitiative mit einer Unterschriftensammlung unterstützt.

Wie trifft die SGSG in die Diskussionen ein?

Wir geben zehnmal jährlich ein Bulletin heraus, das als kritisches gesundheitspolitisches Forum konzipiert ist (Abo: 10.-/Jahr). Im Winter wird in verschiedenen Städten eine Vortragsreihe zu den Themen Stress am Arbeitsplatz, «Verstaatlichung» der Medizin, National Health Service stattfinden. Im Frühjahr organisieren wir eine Tagung zu Strukturfragen des Gesundheitswesens. Die SGSG will in all diesen Fragen eine Kraft sein, die konsequent für eine optimale medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung, der Drittklasspatienten, eintritt.

Wie kann man mit der SGSG Kontakt aufnehmen?

Telefonieren oder schreiben Sie uns. Unser Büro in Basel ist täglich geöffnet von 10.00 bis 12.00, Tel. (061) 49 82 24. Verlangen Sie unser Bulletin! Unsere Adresse ist: SGSG, Postfach 168, 4001 Basel.

Ärzte sind für Patienten da

Eine Gewerkschaft, stelle man sich einmal vor, würde verlaubbaren lassen, sie erachte den Bedarf an Chemiarbeitern, Lehrern, Eisenlegern, Typographen (oder welche Sparte sie eben gerade vorzieht) als gedeckt, und es sollen doch bitte nur noch gerade so viele Leute diesen Beruf ergreifen, wie zum Ersatz der pensionierten, verstorbenen oder sonstwie nicht mehr beruflich aktiven Personen benötigt würden. Die Vorstellung erweckt vermutlich ein mildes Lächeln.

Weiter denke man sich nun aber, diese Gewerkschaft hätte einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Ausbildungspolitik für den betreffenden Beruf, ihre Stellungnahmen könnten dazu führen, dass zum Beispiel die Neuerrichtung einer Gewerkschule auf dem politischen Parkett unter Hinweis auf eben diese Stellungnahmen wirksam hintertrieben würde. Diese Vorstellung dürfte wohl schon eher Kopfschütteln auslösen.

Und schliesslich: Diese Gewerkschaft hätte die Möglichkeit, einen entscheidenden und zur Berufsausübung so gut wie unerlässlichen Teil der Ausbildung in eigener Regie zu kontrollieren. Das Kopfschütteln dürfte in Entrüstung umschlagen.

Warum schlägt es denn heute nicht um? Warum müssen erst 100 Studenten ihren Studienort zwangsweise zugeteilt bekommen, müssen erst die Wartezimmer der Polikliniken immer voller und die praktischen Ärzte auf dem Lande immer seltener werden, bis die Alarmglocke gewisser Artzbedarfsprognosen – unterstützt von ärztlichen Ständesorganisationen – in letzter Zeit gelegentlich erklingen – unterscheidet sich tatsächlich nicht sehr von der eingangs konstruierten Situation. Mit einem wesentlichen Unterschied allerdings: verteidigen Arbeiter ihre Rechte, so wissen bürgerliche Medien alsogleich



Weniger Ärzte für eine kranke Gesellschaft

Macht des Hippokrates

«Seit mehr als 20 Jahren ist in der Schweiz wie auf internationalem Gebiet von der Überfüllung, der sogenannten Plethora, des Ärztestandes die Rede. Berufsberater und Studenten der Medizin schreiben über die Plethora-Frage im Arztberuf und klagen, dass der Zudrang zum Medizinstudium immer grösser werde und die Zahl der Ärzte in unserem Lande weiterhin stark ansteige ... Die Arzteeorganisationen versuchen mit Recht, durch aufklärende Mitteilungen und Statistiken Studierende davon abzuhalten, das Medizinstudium zu ergreifen.» (Roger Stupnicki, Die soziale Stellung des Arztes, Bern 1953)

«Mit Recht», so konnte man offenbar vor 22 Jahren noch schreiben, würden die ärztlichen Ständesorganisationen ihre Sonderinteressen durchzusetzen versuchen. Nun, man ist inzwischen etwas vorsichtiger geworden, was die Wahl der Worte betrifft. Durchaus nicht vorsichtiger aber erscheint die Politik, die durchwegs auf eine Beschränkung der Ärztezah hinausläuft:

- 1970: Prof. Gsell erklärt vor der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK), dass innert Kürze mit einem Ärzteüberschuss zu rechnen sei, Prof. Dr. Eichenberger (damals Rektor Uni Basel) fordert den Abschluss eines Konkordates zur Vorbereitung des Numerus clausus (NC), und der Regierungsrat des Kantons Bern legt die Kapazitäten der Medizinischen Fakultät durch Beschluss fest.
- 1971: Die Kantone Aargau und Luzern beziehen sich auf die Erklärungen Professor Gsell und begründen so den Verzicht auf die Schaffung weiterer medizinischer Ausbildungsplätze.
- 1972: Prof. Dr. med. Delachaux spricht sich für eine drastische Reduktion der Anzahl der Studienanfänger in der Medizin aus. Es erfolgt die Ankündigung der ersten Voranmeldeaktion durch die SHK.
- 1973: Die Voranmeldeaktion spielt erstmals.
- 1974: Die Interpellation Gautier (zur Zahl der Medizinstudenten) verwendet die Zahlen der Delachaux-Studie. Eine «Neuaufgabe» dieser Studie wird in Basel erarbeitet («Basler Studie»).
- 1975: Der Kanton St. Gallen stellt die Pläne zur Errichtung einer medizinischen Akademie zurück. Gewichtige Argumentationsbasis im Grossen Rat: Die «Basler Studie» ...

Nun wäre es ja theoretisch immerhin denkbar, dass dieser ganzen Politik tatsächlich eine echte Sorge um die optimale Gestaltung des Gesundheitswesens zugrunde läge. Dann aber müssten die jeweils erstellten und eifrig zitierten Studien zum mindesten den an wissenschaftliche Untersuchungen zu stellenden Anforderungen gerecht werden. Schauen wir uns in diesem Sinne aber beispielsweise die Studie des Basler Sanitätsdepartements («Bericht über den künftigen Arztbedarf der Schweiz und dessen Rückwirkung auf die Bedarfszahlen an Medizinstudenten und auf die Art der medizinischen Ausbildung», Basel 1974) etwas näher an.

Zahlen aus Basel ...
Ausgehend von einer behaupteten Ärztedichte in der Schweiz von heute

dass zu viele potentielle Berufskonkurrenten herangebildet werden. Auch wäre es möglich, dass bestimmte Arbeitgeber vor allem auch darauf ausgehen, sich in Zukunft nicht zu kostspieligen Arbeitnehmer zu sichern. Solche subjektive Erwartungen können in den jeder Manipulation offenen «Manpower approach» in hohem Masse einfließen und ihn möglicherweise verfälschen. Nicht jede Stimme, die die Gefahr eines zukünftigen Akademikerproletariats und in besonderer einer möglichen Arztelephora beschwört, tut dies also aus echter Sorge, sondern es können sich dahinter sehr handfeste Gruppeninteressen verbergen.»

Die Basler Studie ist im wesentlichen eine Neuaufgabe der Delachaux/Junod-Studie ...

... und ihre Machart

Nicht nur, dass die Basler Studie, welche – wie es der «Zufall» so wollte – gleich in zweifacher Auflage verbreitet wurde, aus einer schlecht beleumdeten und unqualifizierter Quelle schöpfte, ihre «Wissenschaftlichkeit» spottet jeder Beschreibung. Dazu Prof.



«Herr Professor Fromm spricht jetzt über einen sehr wesentlichen Bereich ärztlichen Wirkens ...»

Soeben in der Verlagsgenossenschaft erschienen:

Franz Rueb

«Alfred Rasser»

Eine Monographie

288 Seiten, 83 Abbildungen, 28.50 Fr.

- Rassers Jugend * Rassers Schaffen in Cabaret, Volkstheater und Film * Rassers Philosophen * Der Moralist * Der Kämpfer * Der Anti-Antikommunist * Der Antifaschist * Sozialist? Kommunist? * Die China-Reise 1954 und die Folgen * Läppli der Volksfeind * Nationalrat Läppli * Nationalrat Rasser!

Ein Stück Zeitgeschichte und Kulturgeschichte der Schweiz *

Solche Sonderprivilegien wird es aber geben, solange ärztliche Ständesorganisationen selbst über bedeutende Teile der Medizinerausbildung und der Gesundheitspolitik entscheiden. Arzte aber, und das sollte man nicht vergessen, sind kein Selbstzweck: Arzte sind für Patienten da. Und auch wenn mancher das vielleicht gerne verdrängt: Patienten können wir alle mal sein. Und deshalb gibt es auch nur eine Instanz, die ausfinden ist, über alle Belange der Gesundheitspolitik in unserem Staat mitzureden: wir alle.

Werner G. Hoffmann



◀ Die Schweiz ist eine Drehscheibe internationalen Handels mit Blut, der hohe Profit abwirft. Solches Blut wird zum Beispiel in Bolivien Spendern bis 8mal monatlich gegen 2.50 \$ abgenommen. Die elenden Bolivianer, die mit dem Verkauf ihres Blutes nur einmal weniger erhalten, als es das Reglement der Regierung vorschreibt, werden durch solche Praktiken auf unmenschlichste Weise geschwächt.

Spanien nach Franco

Muerte a la Muerte – Viva España

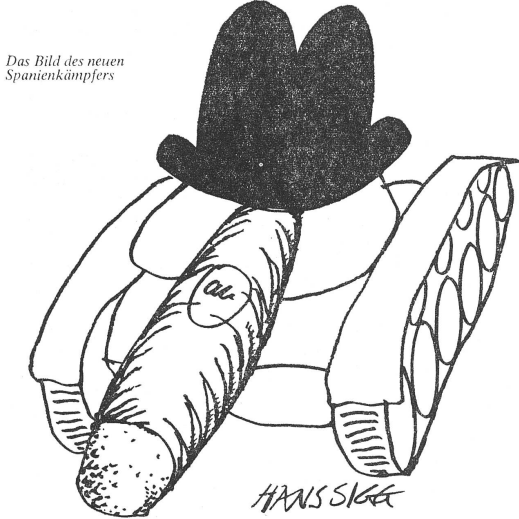
pf. Mit dem Verschwinden des 83-jährigen Greises Franco hat Spanien seinen Besitzer verloren, den väterlichen Diktator, der es behandelte wie sein eigenes Zuchtgärtchen – von Zeit zu Zeit ein Paar Exekutionen zur Unkrautverteilung. Hunderttausende haben während des Bürgerkriegs ihr Leben lassen müssen. 192 684 Exekutionsbefehle hat der Caudillo allein in der Zeit zwischen 1939 und 1944 persönlich unter-

Am 24. Oktober, kurz nachdem zum ersten Mal die allzunähe verschwiegenen Arztbulletins in der spanischen Presse abgedruckt wurden und die durch widersprüchliche Gerüchte abgespiegelte Öffentlichkeit Spaniens offiziell über den Gesundheitszustand des Caudillo orientiert wurde, fand in Paris eine Pressekonferenz der Junta Democrática de España (J. D. E.) statt. Dieser Gruppierung gehören verschiedene Gruppen und Parteien an, die seit langem für die Demokratie in Spanien einstehen; von Opus Dei bis zum Partido comunista de España, ohne die Rechtsradikalen, die FRAP (Frente revolucionario antifascista popular), die ETA (baskische Opposition) und die verschiedenen trotzkistischen Gruppen. Es soll hier dem Inhalt nach das Kommunistische, das unter anderem von den Herren Vidal Beneyto, Rafael Calvo Serer, Luis Viallonga und Santiago Carrillo herausgegeben wurde, wiedergegeben werden.

Rechte Papiertiger

In erster Linie wurde die Krankheit des Staatschefs zum Staatsgeheimnis gemacht wegen der enormen politischen Bedeutung, die dem Tod und damit dem endgültigen Verschwinden des Greises von der politischen Bühne beigegeben wird. In den Augenblicken, da in den grossen Städten des Landes um die möglichen Konsequenzen des Todes des Tyrannen gebangt wird, scheint die extreme Rechte das Geschehen mit gewisser Sorglosigkeit zu verfolgen. Wenn auch zu befürchten ist, dass es die extreme Rechte, im Moment, wo in Spanien der Ruf nach Demokratie erntet, zu blutigen Auseinandersetzungen kommen lassen könnte, so darf doch festgestellt werden, dass sie gegenwärtig weit weniger Kraft als Macht hat. Sie steht nach dem Verschwinden Francos ohne Leader da, der sie zusammenhielt, zerstritten durch die Machtkämpfe ihrer verschiedenen Exponenten. Sicher mag in einigen Fällen die mögliche Teilnahme der Rechtsradikalen am Entscheidungsprozess unterschätzt werden, jedoch gesteht man ihr nur wenig Chancen zu, trotz ihrem polizeihähnlichen Charakter. Diese Überlegung und das

Das Bild des neuen Spanienkämpfers



Wissen um die Morbidität abgenutzter frankistischer Institutionen lassen schwer glauben, dass sich die Monarchie, wie sie von Franco verstanden wird, in diesem historischen Moment ein grosser Kraft wird durchsetzen können. Auf der einen Seite vermitteln schon die Erklärungen des Vaters von Juan Carlos, Don Carlos, der als erster bei seinem Sohn die Fähigkeit, eine gewisse Kontinuität des Regimes aufrechtzuerhalten, in Abrede stellte, einen ersten Einblick in die innere Gespaltenheit im Lager der Anhänger einer Monarchie.

Auf der anderen Seite aber spekuliert man mit der Möglichkeit, dass Juan Carlos, einmal das Zepter fest in der Hand, eine demokratische Staatsform schaffen könnte, die sogar Gruppen wie die «Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens» (Partido Socialista Obrero de España, P.S.O.E.) einschliesst würde. Doch die P.S.O.E., wie auch die *Democracia Cristiana* (D.C.) haben sich weigert, bei der Konstituierung einer solchen Demokratie mitzuwirken, die von Anfang an die Kommunistische Partei (P.C.D.) und andere linke Gruppen von der Regierung ausschliesst. Diese

zeichnet, 5 Oppositionelle wurden vor einigen Wochen hingerichtet, und noch während Franco sich gegen einen Tod wehrt, den er so oft gegeben hatte, sollte eine neue Verhaftungswelle über das Land. Dass sich eine Opposition – wenn auch teilweise im Exil – noch am Leben erhalten konnte, mag erstaunen. An diese Opposition richtet heute das spanische Volk seine Hoffnung auf Demokratie und Freiheit.

Wahlen in Aussicht?

Diese Orientierung sichert der J.D.E. und andern Gruppen, wie der «Plataforma de Convergencia Democrática Asamblea de Cataluña» – einer sozialistischen Bewegung, die in Spanien bisher zwar nicht erlaubt, doch zumindest mehr oder weniger stillschweigend geduldet war – bereits heute die Unterstützung der Arbeiter, der Intellektuellen, der Armee und der Kirche zu. Die J.D.E. ist bereit, mit Unterstützung all dieser Gruppen auf einen Wechsel hinzuwirken, da in allen vier seit längerem fortschrittliche Kräfte vorhanden sind, die auf einen Strukturwandel in Richtung Demokratie hinfendern. So haben sich denn die bisher rivalisierenden Dachorganisationen J.D.E. und «Plataforma» auf ein gemeinsames Minimalprogramm geeinigt. Dieses Programm spricht sich gegen die Form einer Fortführung des frankistischen Regimes aus – ohne allerdings Juan Carlos explizit zu nennen. Das spanische Volk soll in freien Wahlen bestimmen können, welches Regime es sich wünscht.

Es sei möglich, informierte weiter ein Sprecher der J.D.E., dass erneut ver-

Haltung muss man klar auf dem Hintergrund einer Linie sehen, die die Junta Democrática und andere Einheitsorganisationen seit Jahren vertreten, nämlich der konsequenten Arbeit auf das Ziel hin bei Ende der Diktatur eine «Nationale Demokratische Bewegung» mit der Basis im Volk bereits ins Leben gerufen zu haben und bedingungslos zu unterstützen. Einstimmig in der Ansicht mit anderen bereits in einer demokratischen Plattform vereinigten Gruppen wird hier gesagt, dass – in den Massen wachsende – Aktivität nur dann zustande kommen könne, wenn keine einzige oppositionelle Gruppe von der Teilnahme ausgeschlossen würde. Weiter müssten die Gewerkschaften legalisiert werden und den Arbeitern das Streikrecht zugestanden werden. Gegenwärtig ist nur die frankistische Einheitsgewerkschaft zugelassen, und jede Art von Streik ist streng verboten und wird mit schärfsten Repressalien bestraft.

Der Mitarbeiter der Schweizerischen Kreditanstalt erhält bald einmal die «Bestimmungen und Verhaltensregeln für unser Personal» zu Gesicht (siehe Kasten). Dort liest er seine Pflichten mit folgenden Worten: «Sämtliche Mitarbeiter haben ihre Konti und Depots bei der Kreditanstalt, und zwar bei der Geschäftsstelle am Wohnort, zu unterhalten.» Zur Beurteilung dieses etwas kleinlich anmutenden Anspruchs einer der drei grossen Weltbanken des Landes hat man zuerst einmal vom neuen Arbeitsvertragsrecht auszugehen, das die gegenwärtig zulässigen Verhältnisse in den schweizerischen Arbeitsbeziehungen umschreibt. Artikel 32 I a des Obligationenrechts (OR) hält fest: «Der Arbeitnehmer hat die ihm übertragene Arbeit sorgfältig auszuführen und die berechtigten Interessen des Arbeitgebers in guten Treuen zu wahren.»

In der Folge finden diese «berechtigten Interessen» des Arbeitgebers ihren Niederschlag im Artikel über den Konkurrenzverbot. Der Beschäftigte darf während seiner Anstellungszeit das Unternehmen nicht konkurrieren und kann auch für eine gewisse Zeit nach der Auflösung des Vertragsverhältnisses einen solchen Verzicht freiwillig eingehen. Erfindungen, die der Beschäftigte gemacht, gehören gegen Entgelt – dem Unternehmen. Im weitem gibt Art. 32 I d OR dem Unternehmen ein Weisungsrecht über das Verhalten der Beschäftigten: «Der Arbeitgeber kann über die Ausführung der Arbeit und das Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb oder im Haushalt allgemeine Anordnungen erlassen und ihnen besondere Weisungen erteilen.» Die Grenze solcher Verhaltensregeln gilt schliesslich Art. 328 OR: «Der Arbeitgeber hat im Arbeitsverhältnis die Persönlichkeit des Arbeitnehmers zu achten und zu schützen...»

Offene Fragen

Offensichtlich hatte auch die J.D.E., die eine der ersten demokratischen Einheitsorganisationen auf gesamtspanischer Ebene war, eine Reihe von Punkten in ihrer Deklaration, die auf dieser

Pressekonferenz noch Zweifel aufkommen liessen. Die Vertreter der J.D.E. versuchten, der Reihe nach die noch offenen Fragen zu beantworten:

- **Juan Carlos:** Als erster Punkt tauchte die Frage auf, ob vielleicht Juan Carlos die Cortes – Spaniens Ministerrat – unbeachtet lassen würde und versuchen könnte, eine sog. liberale Monarchie aufzubauen. Diese Frage wurde klar verneint. Juan Carlos könne auf keinen Fall die Cortes, die sich zu einem guten Teil aus Laikfundisten und Wirtschaftskapitänen zusammensetzten, «verraten». Auch wenn er bekannterweise in letzter Zeit versucht hätte, eindeutige Bedingungen zu stellen, so sei doch bekannt, dass alle Oppositionsangehörigen versuchen, herauszufinden, welches eigentlich seine Absichten seien. Klar

Feudalismus in der Kreditanstalt

In den Fängen der Grossbank

Wer bei der Kreditanstalt arbeitet, muss ihr praktisch sein Vermögen und dessen Transaktionen offenbaren. Wer von der Kreditanstalt eine Hypothek hat, muss seine übrigen Bankgeschäfte ihr zuhalten, sonst steigt der Zinssatz. Blüht da hart am Rande des Arbeitsvertragsrechts ein neuer Feudalismus auf?

Die Verhältnisse der Angestellten einschalten, wurde in einem Fall, der dem Autor bekannt ist, verstrickt.

Zulagen nach Gutdunken der Bank

Vor einigen Jahren wunderte sich ein Pensionierter der Kreditanstalt, dass er keine Herbstzulage in gleicher Höhe wie seine pensionierten Kollegen gleichen Ranges erhalten hatte. Auf seine Nachfrage bekam er die Auskunft, auf seinen Konten, die er getreulich bei der Kreditanstalt unterhielt, liege ein derartiges Vermögen, dass er die Zulage wohl nicht mehr brauche. Als der Pensionierte fest blieb, erhielt er dann die Zulage doch noch, dies sei festgehalten. Tatsache bleibt, dass in diesem Fall die Kenntnis der Vermögenslage dem Kreditanstalt-Management ein verändertes Verhalten gegenüber einem Abhängigen nahelegte.

Der «Beobachter» meldete im November 1974 eine ähnliche Geschichte aus Chur, aber diesmal auf der Kundenseite der Grossbank. Die Churer Niederlassung der Kreditanstalt hatte einen Bauführer für sein Haus 20 000 Fr. als Hypothek geliehen. Nach wiederholter Aufforderung, er müsse auch die übrigen Bankgeschäfte «wenn immer möglich» mit der Kreditanstalt abwickeln, traf schliesslich folgender Brief beim Bauführer ein: Weil bisher keine Kontoeröffnung stattgefunden habe, «müssen wir annehmen, dass Sie unsern Vorschlag ablehnen. (...) Eine solche Haltung könnte uns jedoch bei der heutigen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt veranlassen, die Erhöhung der vereinbarten Amortisationsraten in Erwägung zu ziehen oder den Zins über den normalerweise zur Anwendung gelangenden Satz zu erhöhen.»

Refeudalisierung?

Ein neu in Frankreich erschienenes Buch, *L'entreprise – société féodale* von

Was darf die Kreditanstalt verlangen?

Die genaue Auslegung dieser arbeitsrechtlichen Bestimmungen muss in letzter Instanz von den Gerichten geleistet werden. Aber der gesunde Menschenverstand könnte für die Einmischung der Grossbank in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Angestellten nur das Konkurrenzverbot, also das Verbot, sich an anderen Finanzunternehmen zu beteiligen, aus dem Gesetz heraushehren. Ein weiterer Abschnitt der «Verhaltensregeln» der Kreditanstalt verbietet dem Personal auch, Spekulation zu treiben oder sich über die Tragbarkeit ihrer finanziellen Verhältnisse hinaus irgendwo zu engagieren. Hier allerdings könnte die Regelung eine Begründung im Bankbetrieb finden, weil ein finanziell getriebener Bankangestellter vollen Bank- und Kundenkassen eventuell nicht widerstehen könnte.

Aber die darüber hinausgehenden Vorschriften greifen in persönliche Verhältnisse der Angestellte ein, die mit der Ausführung des Arbeitspensums oder mit der Wahrung des Unternehmenszwecks nichts zu tun haben. Der Verdacht, mit solchen Verpflichtungen zur Vermögensoffenbarung wolle sich die Geschäftsleitung gegebenenfalls in die

• **Movimiento:** Ebenfalls wie die Kirche müsse auch eine andere Institution, nämlich das «Movimiento» (die bisher einzige legale Partei, auch Falange genannt), im Lichte der realen Verhältnisse gesehen werden. Man rechne mit höchstens 2 bis 3 wirklichen Anhängern, die als Deputierte in der zukünftigen Regierung Gewicht erlangten könnten.

• **USA:** Die Haltung der USA werde ein ausschlaggebender Faktor sein, den man aber zum jetzigen Zeitpunkt mit Gelassenheit betrachte. Zudem bestätigen Meinungsvorschleidenheiten innerhalb des amerikanischen Parlaments in bezug auf die Basen in Spanien. Der Senat wünsche die Einrichtung und Konsolidierung der Basen auf spanischem Territorium, während der Kongress, hauptsächlich der Delegierte Stevenson, sich diesem Projekt widersetze.

• **Nationale Minderheiten:** Um eine Lösung des Problems der nationalen Minderheiten sei jedermann auf dieser Pressekonferenz sehr besorgt. Man möchte die Frage jedoch dahingehend beantworten, dass Regionen wie Katalonien, Galizien und Euzkadi (Baskenland) autonome Regierungen haben würden. Jedoch das Wichtigste, was man vorläufig berücksichtigen müsse, sei das die Massen auf friedliche Weise in den politischen Prozess eingeschlossen werden und eine nationale Aussöhnung zustande komme, um mit der Basis einer «Nationalen Demokratischen Bewegung» eine Regierung zu bilden, die jedermann die elementarsten demokratischen Freiheiten garantiere. G. Weber

Guy Courtieu, Seuil, würde diese Erscheinungen unter den Prozess der Refeudalisierung unserer Gesellschaft reichen. Wenn man darunter die Entwicklung des Industriestystems von Abhängigkeitsstrukturen aufgrund des Kapitalbesitzes zu Abhängigkeiten mit persönlichen und verhaltensmässigen Bindungen bis hinein in die Lebensgestaltung auffasst, dann leistete die Kreditanstalt auf diesem Gebiet Pionierarbeit. Die Übergriffe der schweizerischen Grossbanken auf die persönliche und fachliche Ausbildung ihrer Beschäftigten, so lobenswert ein besserer Bildungsstand ist, tragen gewisse Züge in der gleichen Richtung. Denn die in einer Bank erworbene Bildung und das Diplom können an dieses Institut oder an die Branche binden, da sie nicht die universale Anerkennung besitzen, die Abschlüssen der öffentlichen Schulen zukommt. («das Konzept» berichtete in Nr. 1/75 darüber: «Das Unternehmen als Schule der Nation. Die Nummer ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich.»)

Weitere Verstärkungen der Bindungen an den Arbeitsort in diesem Zusammenhang sind Lebensbereiche, die den Kunden sich im Versicherungsbereich kundigen sich im Versicherungsbereich an. Wie der Generaldirektor F. Gerber der «Zürcher» darlegte, wirft die Tendenz aus Amerika neue Aspekte auf, «den persönlichen Versicherungsbedarf des einzelnen Arbeitnehmers (twa für Auto, Haus, etc.) durch den Arbeitgeber bei einem Versicherer abdecken zu lassen, wobei die Prämie direkt vom Lohn abgezogen und durch den Arbeitgeber an den Versicherer überwiesen wird (sogenanntes mass merchantising)». «Der nächste Schritt könnte darin bestehen, dass nicht nur Versicherungsprämien, sondern auch andere wirtschaftlich wiederkehrende Verpflichtungen wie Miet- oder Hypothekenzinsen, Abzahlungsraten, aber auch Beiträge an Spar- und Investmentpläne, abgesichert durch eine Totalfallversicherung, auf diese Weise finanziert wurden. Hier könnten recht langfristige und interessante Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.» Interessant sind diese Entwicklungen für den Versicherungskonzern, als dessen Leiter F. Gerber einleitend zum zitierten Text sein Bekenntnis zur «freiheitlichen Wirtschaft» ablegte. «Freiheit stirbt auf diese Weise», rief der «Beobachter» in aufdringlicher Liberalität. Wenn man weiss, dass z. B. die «Zürcher» mit der Kreditanstalt auf mehr als einer Ebene verbunden ist, dass die «Winterthuro» und die «National»-Versicherung zum Bankkreis der Bankgesellschaft gehören, schliesst sich für den erschrockenen Betrachter ein Kreis, der von George Orwell mit 1984 benannt worden ist. Beat Kappeler

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT

Bestimmungen und Verhaltensregeln für unser Personal

(...)

Verswiegenheit

Jeder in einer Bank tätige Mitarbeiter ist bekanntlich aufgrund des Bankgeheimnisses zu besonderer Verswiegenheit verpflichtet.

Geschäftsverbindungen

Sämtliche Mitarbeiter haben ihre Konti und Depots bei der Kreditanstalt, und zwar bei der Geschäftsstelle am Wohnort, zu unterhalten. Die Mitarbeiter haben ihre Wertpapiere, Edelmetalle, Devisen- und Bausparverträge ausschliesslich über den kointoführenden Sitz der Schweizerischen Kreditanstalt abzuwickeln und dürfen keinerlei Engagements bei Dritten, Banken, Brokerhäusern, Klugengagenten, Kleinkreditinstituten usw. unterhalten oder sich an solchen unter Drittnamen beteiligen.

Nicht erlaubte Geschäfte

Alle spekulativen Geschäfte sind untersagt. Die Mitarbeiter verpflichten sich, keine Verbindlich-

keiten einzugehen, die nicht in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem eigenen Vermögen und Einkommen stehen. Unstatthaft sind Geschäfte jeglicher Art zum Nachteil bankgenerer Positionen sowie alle Geschäfte, die lediglich dazu dienen, Dritten Spezialkonditionen zu verschaffen. Geschäfte unter Mitarbeiterinnen sowie das Eingehen von Bürgschaften ohne Zustimmung der Bank sind untersagt.

Mandate und Vollmachten

Vollmachten von Kunden zugunsten von Mitarbeitern dürfen, wie alle ähnlichen Mandate, nur mit Zustimmung der Generaldirektion angenommen werden.

(...)

Kolportage

Unter diesen Begriff fällt der private Handel unter Mitarbeitern und mit Dritten sowie das Aufhängen und Verteilen von Flugblättern oder anderen Schriftsücken irgendwelcher Art für private Zwecke. Wir bitten Sie, Tätigkeiten dieser Art in der Bank zu unterlassen.

Zürich, 12. Juni 1975
DIE GENERALDIREKTION

Kuba hat das fortschrittlichste Familienrecht der Welt

Im Namen des Gesetzes, Karl, wasch das Geschirr ab!

Dass es um die Situation der Frau in den heutigen Gesellschaften schlecht bestellt ist, könnte das «Jahr der Frau» vielen neu zu Bewusstsein gebracht haben.

Heute beginnt man sich in Lateinamerika bewusst zu werden, dass auch die Frauen menschliche Wesen sind, wobei man sich angesichts der bevorzugten Behandlung von Tieren an gewissen Orten allerdings fragen kann, ob sie daraus auch wirklich Nutzen ziehen.

In Kuba, das in Lateinamerika in mancher Hinsicht eine Ausnahme bildet, werden die Frauen jedoch im wahrsten Sinne wie Menschen behandelt.

Bei den anschließenden Reformmassnahmen standen die Frauen ebenfalls in vorderster Reihe.

Beseitigung der Prostitution

Sie wirkten auch bei der Beseitigung der Prostitution mit, nicht durch Zwangsmassnahmen, sondern durch Vermittlung von Arbeitsplätzen in anderen Stadtteilen oder entfernten Städten, damit die Vergangenheit den ehemaligen Prostituierten bei der Eingliederung in die neue Gesellschaft nicht zum Hindernis werden konnte.

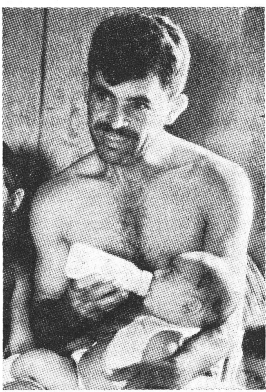
Obwohl in Wirklichkeit dem Mann noch nicht vollkommen gleichgestellt, befindet sich die kubanische Frau heute im Übergangsstadium dazu.

Als eine ihrer wichtigsten Errungenschaften betrachten die Kubanerinnen die Streichung jener Bestimmung des Arbeitsetzes, derzufolge jede Unternehmung nur eine gewisse Anzahl von Arbeitsplätzen den Frauen vorbehalten musste.

Befreiung nicht automatisch

Doch wie vielerorts in der Welt bildete die Frau auch in Kuba lange Zeit ein «besetztes Gebiet», und die Proklamation ihrer Unabhängigkeit zog nicht automatisch die Befreiung von der Mentalität des Kolonisierten und noch weniger von jener des «Kolonisators», im vorliegenden Fall des herrschenden Mannes, nach sich.

Auf die Tatsache wies Ministerpräsident Fidel Castro am Kongress des Kubanischen Frauenbundes im November 1974 hin.



das Ziel der nationalen Befreiung erreichen, müssen die Frauen nach wie vor um ihre eigene Befreiung innerhalb der menschlichen Gesellschaft kämpfen.

Seit dem Internationalen Jahr der Frau und bereits vorher sind in fast allen Teilen der Welt verschiedene Forderungen der Frauen ohne Widerstand angenommen worden, jedoch offenbar ohne daran zu denken, dass ihre Erfüllung tiefgehende wirtschaftliche und soziale Reformen bedingt.

In Kuba hat man erkannt, dass der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau nicht nur die Frauen angeht, sondern die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

«Machismo» ist der lateinamerikanische Begriff für die männliche «Überlegenheit» in ihrer extremen Form, und diese wird denn auch oft als vielleicht von den Spaniern ererbte Erfindung alter Zeiten gewertet.

Doch wenn die Frau wie in Kuba wirtschaftlich unabhängig ist, greifen die unverbesserlichen Verteidiger der alten Zustände zu «biologischen» Argumenten wie Schwäche und Feigheit des weiblichen Geschlechts, auch wenn sie als Milizsoldat und Fallschirmspringerin Dienst leistet.

sich sogar um aktive Gleichberechtigung: Demnach sollen Mann und Frau besorgt sein, dass sie sich ausgleichlich in Hausarbeit und Beruf teilen.

man geltend macht, dass die Frau in der Vergangenheit mehr Talent für Hausarbeiten als für schöpferische Arbeiten bewiesen habe, während sich heute zeigt, dass sie den Männern in dieser Hinsicht in nichts nachsteht.

Verklärt als Geliebte ...

Der Kubaner macht wie andere Männer auf der Welt einen klaren Unterschied zwischen der Frau an sich – im Leben, in Literatur und Kunst idealisiert als Archetyp der Zärtlichkeit und Reinheit, wenn es sich um die Mutter handelt, oder als Archetyp der Schönheit, wenn es sich um die Geliebte handelt – und der Ehefrau, der nicht nur alle ihr früher zugeschriebenen Reize abgesprochen werden, sondern auch alle ihre Rechte bis zu jenem auf einen eigenen Namen.

Der Kubaner macht wie andere Männer auf der Welt einen klaren Unterschied zwischen der Frau an sich – im Leben, in Literatur und Kunst idealisiert als Archetyp der Zärtlichkeit und Reinheit, wenn es sich um die Mutter handelt, oder als Archetyp der Schönheit, wenn es sich um die Geliebte handelt – und der Ehefrau, der nicht nur alle ihr früher zugeschriebenen Reize abgesprochen werden, sondern auch alle ihre Rechte bis zu jenem auf einen eigenen Namen.

Die Ehefrau dagegen erscheint nur ausnahmsweise in Liedern und auch dann meist nur als Objekt des Spottes.

... verspottet als Ehefrau

Bei den Wahlen in der Poderos Populares (Gemeinderäte) in der kubanischen Provinz Mantanzas zum Beispiel waren nur 7,6% der aufgestellten Kandidaten weiblichen Geschlechts, und von den Gewählten wiederum waren es bloss 3%.

«Das beste Gesetz der Welt» Andererseits besitzt Kuba seit kurzem ein Familiengesetz, das vielleicht das gerechteste und menschlichste Gesetzeswerk der ganzen Welt im Bereich der familiären Beziehungen ist.

Der Frau auferlegte Zwänge und Einschränkungen dieser Art sind jedoch durch Artikel 28 des kubanischen Familiengesetzes für rechtswidrig erklärt worden.

«Normalfall» Frau im Schweizer Recht

Das schweizerische Recht geht heute vom Normalfall der Frau als Mutter von minderjährigen Kindern aus, der ein erwerbstätiger Ehemann zur Seite steht und die sich zwar auch für die Belange ausserhalb der Wohnung interessiert, aber nur insoweit, als es die Besorgung des Haushaltes und die Betreuung der Kinder zulässt.

Das Arbeitsrecht beschränkt sich darauf, vorzuschreiben, welche Arbeiten von Frauen gesundheitshalber nicht ausgeführt werden dürfen und dass auf sie besondere Rücksicht zu nehmen sei.

schaftlichste Auseinandersetzungen rief jeder Artikel hervor, der beide Ehepartner verpflichtet, gemäss ihren Fähigkeiten und wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Unterhalt der Familie beizutragen, der für den Fall aber, wo nur einer der Ehepartner durch Hausarbeit und Pflege der Kinder zu diesem Unterhalt beiträgt, dem anderen Partner die Aufgabe überbindet, allein für die finanziellen Bedürfnisse der Familie aufzukommen.

«Wenn Frauen in der Fabrik arbeiten, so müssen sie ihrerseits im Haushalt arbeiten, und damit basta!» Der Ausspruch wurde mit rauschendem Beifall quittiert. Eine andere erklärte: «Wir Frauen haben dieses Gesetz gewünscht, lange bevor die Regierung überhaupt daran dachte, die jungen Männer haben gar keine andere Wahl, als es zu akzeptieren!»

Mann und Frau in der Hausarbeit

Die Neuregelung der ehelichen Pflichten mit dem Grundsatz, wonach sich beide Partner in die Hausarbeit zu teilen haben, befreit die Frau von ihrem bisherigen Status als Haushälterin und wirtschaftliches Mühlrad ihres Gatten.

«Jorge Enrique Adoum, ecuadorianischer Dichter und Schriftsteller, war vom Direktor für Kultur in Ecuador. Einige Jahre war er Mitarbeiter der Unesco-Studien für lateinamerikanische Kulturen.

dass die Frau im Bereich ausserhalb der Wohnung – hier zum Beispiel in der Berufsarbeit – zwar ohne weiteres zugelassen ist, dass aber ihr primärer Ort im Innerhäuslichen gesehen wird und ihre Betätigung ausser Hauses, das heisst in Beruf, Politik, Kultur usw., generell als eine Art «Zweitbeschäftigung» gilt.

Von allen erwachsenen Frauen sind in einem bestimmten Zeitpunkt jeweils nur 21 Prozent in der Situation der verheirateten Frau mit Kindern unter 15 Jahren. Es geht daher nicht an, die Erziehung und Bildung der Mädchen nur auf die allfällige Phase der Mutter-schaft auszurichten, die knapp ein Viertel ihres ganzen Lebens als erwachsene Frau ausmachen wird.

Gemessen an der Zahl der verheirateten Frauen im heftigsten Alter von 18 Jahren an, haben nur 53 Prozent der verheirateten Frauen überhaupt einmal Kinder, wie die Statistik 1970 mit 2 332 000 Frauen, worunter 1 467 000 verheiratete Frauen sind, beweist.

Zur Scheidung sind nicht mehr Rechtfertigungen wie «Ehebruch», der in vielen anderen Staaten Lateinamerikas nur dann als Vergehen gewertet wird, wenn er von der Frau begangen wurde (!), «moralische Grausamkeit» oder «Verlassen der häuslichen Gemeinschaft» notwendig.

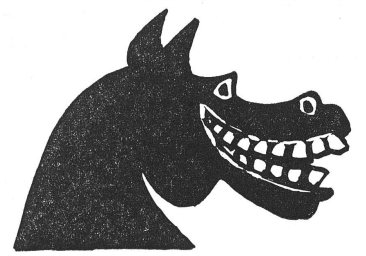
Heirat aus Liebe

In einer Gesellschaft, wo auf diese Weise die menschliche Würde geschützt und die wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau sichergestellt wird, wo Kinder in die Schulen und an die Ausbildungsanstalten gehen, wo die Praxis einbezieht, so dass sie beim Abschluss der Mittelschule die Grundlage für einen frei gewählten Beruf besitzen, wo das Geld nicht mehr ein Fetisch ist, sondern auf seine ursprüngliche Funktion als Tauschmittel zurückgeschritten wurde, bleibt als einziges glückliches Motiv zur Verheiratung die Liebe oder das, was ihr am nächsten kommt, selbst wenn sie sich zuweilen als Trugbild erweist.

Gleichheit darf indessen nicht mit Mangel an Rücksicht verwechselt werden: «Wenn es in der menschlichen Gesellschaft irgendein Privileg, irgendeine Ungleichheit geben darf, dann jene kleinen Privilegien und Ungleichheiten zugunsten der Frau, denn ihr obliegt eine Aufgabe, eine Funktion und eine menschliche Verantwortung, von denen der Mann frei ist.»

Dies sollte in noch grösserem Mass für jene lateinamerikanischen Gesellschaften gelten, deren unzählige Privilegien und Ungleichheiten sich kaum jemals zugunsten der Frau auswirkten.

Jorge Enrique Adoum, ecuadorianischer Dichter und Schriftsteller, war vom Direktor für Kultur in Ecuador. Einige Jahre war er Mitarbeiter der Unesco-Studien für lateinamerikanische Kulturen.



Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul!

Einem geschenkten Abonnement auf «das konzept» darf man das schon. Weil «das konzept» seinerseits unablässig schnüffelt, wo unsere Gesellschaft übel Mundgeruch verbreitet. Und den Mächtigen nicht nur auf den Mund, sondern auch auf die Finger schaut.

das konzept - ein intelligentes Geschenk. Benützen Sie unser Sonderangebot 3 für 2

(gültig bis 31. 12. 75) 1 Abonnement (bis Dezember 76) 16 Fr., 2 Abonnemente 24 Fr., 3 Abonnemente 32 Fr. usw. (Ausland je Abo 4 Fr. Zuschlag). Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung. Sie erhalten eine Rechnung. Mit diesem Talon können Sie «das konzept» auch für sich selbst bestellen. Talon einsenden an: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf: _____